K-12

Klimagerechtigkeit umsetzen auf der COP 27

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Antragsteller*in:	Kathrin Henneberger (KV Mönchengladbach)
Tagesordnungspunkt:	K Klimakrise als Menschheitsaufgabe: für Klimaschutz, für Freiheit

Antragstext

Die Auswirkungen der Klimakrise werden immer deutlicher und extremer. In diesem Sommer allein hat der schwerste Monsunregen seit 30 Jahren in Pakistan tausende Menschenleben gefordert, über 33 Millionen Menschen sind insgesamt von den Fluten betroffen. Das Ausmaß der Zerstörung hinterlässt Schäden in Milliardenhöhe, die nicht durch humanitäre Hilfe allein gedeckt werden können. Die pakistanische Klimaministerin Sherry Rehman spricht gar von einer „Klima-Dystopie".

Deutschland ist als Industrienation einer der größten Verursacher der Klimakrise und deshalb müssen wir auch Mitverantwortung für die Verluste und Schäden der Klimakrise übernehmen. Auf der Weltklimakonferenz (COP 27) in Ägypten im November dieses Jahres wird der Diskurs über klimabedingte Verlust und Schäden („Loss and Damage) zentral einen erfolgreichen Ausgang der Verhandlungen bestimmen.

Verlust und Schäden der Klimakrise gerecht angehen

Die Existenzen jener Menschen, die am stärksten von Extremwetterereignissen sowie den Langzeitfolgen der Klimakrise des Klimawandels betroffen sind, müssen bei der Schaffung und Einsetzung eines Fonds für klimabedingten Verluste und Schäden - einer sogenannten „Loss and Damage Finance Facility“ - im Mittepunkt stehen. Diese muss mit ausreichenden und einfach zugänglichen Finanzen für Regionen ausgestattet werden, die von den extremen Folgen der Klimakrise betroffen sind.

Das Angebot von Versicherungsmodellen, wie zum Beispiel dem geplanten Klimarisiko-Schutzschirm („Global Climate Risk Shield“), welcher betroffene Länder dabei unterstützen soll Versicherungen gegen Klimaschäden aufzubauen, darf hier nur ein zusätzliches Angebot sein. Dieses Instrument ersetzt jedoch nicht die finanzielle Unterstützung, welche die Menschen im Globalen Süden im Katastrophenfall so dringend benötigen, um die ökonomischen sowie nicht-ökonomischen Folgen der Klimakrise zu adressieren.

Die Auswirkungen der Klimakrise führen zu einem Verlust von Existenzen und von Wohlstand. Länder, die jetzt schon besonders von der Klimakrise betroffen sind und gleichzeitig auch durch die Auswirkungen anderer Krisen - wie beispielsweise der Covid19 Pandemie oder den globalen Auswirkungen des Angriffskrieges auf die Ukraine - hart getroffen wurden, müssen die Möglichkeit bekommen einen Schuldenerlass zu erhalten. Damit können sie die somit frei gewordenen Finanzen für den Aufbau von Klimaresilienz sowie einer klimagerechten Infrastruktur nutzen.

Leider immer noch unerfüllt sind die 2015 in Paris versprochene globale Bereitstellung der 100 Milliarden US-Dollar für internationale Klimaschutz- und Klimaanpassungsfinanzierung.

Deutschland muss hier seiner Verantwortung gerecht werden und die zur Verfügung stehenden Mittel auf 8 Milliarden € bis 2025 und perspektivisch auf mindestens 10 Milliarden € pro Jahr erhöhen. Die COP 27 in Ägypten darf nicht schon wieder zu einer COP werden, bei der die 100 Milliarden nicht zusammenkommen.

Raus aus den fossilen (Geldern)!

Global stehen wir vor der Herausforderung, dass immer noch neue fossile Infrastruktur entsteht und die koloniale extraktivistische Ausbeutung weitergeführt sowie verstärkt wird. Und wir unterstützen dies auch noch: Deutsche Kohlekonzerne importieren beispielsweise mehr Steinkohle aus Nordkolumbien, einer Region in der Steinkohletagebaue massiv Menschenrechte verletzt und Umweltzerstörung erzeugt. Als Mindestentschädigung dessen, müssen wir jetzt Länder wie Kolumbien bei der klimagerechten Transition unterstützen, so wie es bereits in einigen Klimapartnerschaften angegangen wird. Diese Partnerschaften müssen jedoch auf Augenhöhe passieren und dürfen keine Neo-Kolonialistischen Strukturen befördern. Die nächste COP darf keine „fossile COP“ werden – deshalb wollen wir uns dafür einsetzen, dass der Bau neuer fossile Infrastruktur, wie beispielsweise die EACOP (East African Crude Oil Pipeline) in Uganda durch den Ölkonzern Total, global verhindert wird.

COP27 – Solidarität mit der Zivilgesellschaft vor Ort

Die COP 27 findet in Ägypten statt - einem Land in dem aktuell um die 60.000 Menschen als politische Verfolgte im Gefängnis sind. Unter ihnen viele, die sich für Menschenrechte und Demokratie einsetzen. Klimagerechtigkeit bedeutet auch eine bedingungslose Einsetzung für Menschenrechte und der Gewährleistung eines demokratischen Diskurses. Wir fordern eine Freilassung der politischen Gefangenen in Ägypten und das die ägyptische Zivilgesellschaft ohne Furcht vor Repressionen an der COP 27 teilnehmen kann.

Begründung

erfolgt mündlich

weitere Antragsteller*innen

Selma Clara Kreibich (KV Berlin-Kreisfrei); Nyke Slawik (KV Leverkusen); Philipp Noack (KV Aachen); Andreas Wigan (KV Mönchengladbach); Jürgen Blümer (KV Warendorf); Veit Otto (KV Köln); Stefan Krischer (KV Aachen); Sarah Ribbert (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); Alexander Volk (KV Köln); Markus Burbach (KV Köln); Matthias Bergmann (KV Hamburg-Nord); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Michael König (KV Nienburg); Ramona Karatas (KV Recklinghausen); Alexander Diek (KV Bochum); Annkatrin Esser (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Raphael Scherer (KV Rhein-Kreis-Neuss); Karl Bär (KV Miesbach); sowie 34 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.